

sei zu mild; hätte man bei Erlass des Gesetzes eine Woche in Minimum und ein Jahr in Maximum verlangt, so wäre kein Bedenken dagegen laut geworden, und auch heute noch wäre gegen solche Verschärfung kein Bedenken, wenn das Vereimägesetz sicher gestellt und erweitert wäre. Dann ließe sich über manche Bestimmungen reden, die den Mißbrauch verhüten will. Also schon der halbe Umfall. Und das Zentrum, auf dessen Stimmen es hauptsächlich ankommt? Vorläufig hat allerdings der Führer des Zentrums bei Beratung des Potsdamer-Erlasses sein „Niemals“ der Regierung zugerufen. Aber der Umfall einzelner Zentrumsleute bei der jeweiligen Verlängerung des Sozialistengesetzes und die offen arbeiterfeindliche Richtung der schlesischen und rheinischen Magnaten bieten durchaus keine Garantien. Die Arbeiter können sich daher auf keine der bürgerlichen Parteien verlassen, sie müssen aus eigener Kraft den Kampf führen, und dazu ist vor Allem Organisation nötig. Noch mehr als bisher müssen wir für die politische und gewerkschaftliche Organisation agitieren, aber wir müssen die Agitation auch in die uns noch fernstehenden Massen tragen, immer wieder und wieder die Nothwendigkeit des Klassenkampfes betonen, immer wieder und wieder die Klassengegenläge ihnen vor Augen führen, sie von der Unersöhnlichkeit dieser Klassengegenläge überzeugen, die die moderne Gesellschaft geradezu in zwei Welten trennen, die im Denken und Empfinden, im Urtheile über Recht und Unrecht soweit auseinandergehen, daß, was in ihren Kreisen als Bürgertugend und Bürgerpflicht gilt, von ihnen bei uns als ehelos, als Verbrehen angesehen wird, das mit Zuchthaus bestraft werden muß. (Beifall.)

Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir mit dieser Agitation nicht bei jedem Arbeiter, der auch nur ein bißchen politisches Empfinden besitzt, Verständniß für die Gemeinsamkeit der Interessen erwecken. Lassen wir den Hunderttausenden von katholischen Arbeitern, die heute noch hinter den Zentrumsfahnen marschieren, ihren lieben Herrgott und ihren Glauben. Wenn wir sie erst von der Interessengemeinsamkeit mit uns, der Interessengemeinsamkeit aller Arbeiter und dem Gegensatz ihrer Interessen zu denen ihrer katholischen, protestantischen oder jüdischen Arbeitgeber überzeugt haben, dann wird sich auch das Andere finden. Ich weiß dies aus meiner eigenen Entwicklung.

Und da ist die Ankündigung der Zuchthausvorlage ein vorzügliches Agitationsmittel! Nützen wir daher die Gelegenheit aus. Das monarchische Gefühl, das vielleicht noch da und dort bei einzelnen Arbeitern vorhanden war, geht ohnehin immer mehr klöten. Wir müßten ja geradezu feige Hundseelen sein, wenn wir diese ewige Betonung des „inneren Feindes“, der „vaterlandlosen Rotte“ und jetzt gar die Drohung, daß jeder Arbeiter, der „gar zum Streik anreizt“, als eheloser Zuchthäusler behandelt werden soll, unerwidert lassen würden. Wenn der Kaiser es nötig erachtet, uns Sozialdemokraten in dieser Weise den Fehdehandschuh hinzuwerfen, so nehmen wir ihn auf. (Lebhafter Beifall.) Wir haben den Muth, den Arbeitern allüberall und allezeit zu sagen, daß sie von der monarchistischen Regierung nicht zu hoffen, sondern Alles zu fürchten haben und daß die nothwendige Voraussetzung des endgiltigen Sieges der politisch in der Sozialdemokratie organisirten Arbeiterklasse als Klasse, zur Beseitigung der Klassenherrschaft, die Bekämpfung und Beseitigung des monarchistischen Gedankens ist. Wir sprechen aus der Seele aller deutscher Arbeiter, wenn wir ihnen rufen: Nicht beim Kaiser, nicht bei der Regierung, nicht bei den bürgerlichen Parteien im Parlament findet Ihr die rücksichtslose Vertretung eurer Klasseninteressen, die findet Ihr einzig und allein bei der angeblich vaterlandlosen Sozialdemokratie.

Und ich meine, wenn wir diese Agitation hinaustragen, zu keiner Zeit waren die Chancen für das Wachstum der Partei, für die Werbung neuer Kreuten günstiger als heute. Und darum breite ich Sie, die von mir Ihnen unterbreitete Resolution (106) einstimmig anzunehmen. (Minutenlanges räumliches Beifall und Händeklatschen.)

### Zur Geschäftsordnung bemerkt

**Augustin-Berlin:** Nach der glänzenden Begründung der Resolution durch Genossen Fischer können wir nichts Besseres thun, als dieselbe einstimmig ohne Diskussion anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

**Stubbe-Hamburg** widerspricht dem Antrag, da er mit dem Passus der Resolution, der von der Veranstaltung von Protestversammlungen redet, nicht völlig einverstanden sei. Protestversammlungen allein genügen nicht, sie müssen einheitlich von einer Stelle aus geleitet werden.

Der Parteitag beschließt, von einer Diskussion Abstand zu nehmen.

**Hoffmann-Bielefeld** bedauert, daß er nicht zu Worte gekommen ist. Als Vertreter des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück, wo alle die Dinge vorgekommen sind, hätte er dem Parteitag doch noch etwas Neues sagen können.

Darauf wird die von Fischer beantragte Resolution einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt **Singer**, daß der Referent Sachse zum Punkt „Vergarberschutz“ und Schippel zum Punkt „Zollpolitik“ Werth darauf legen, erst morgen zu reden.

Es folgt somit die Verhandlung über Punkt 6: Die preussischen Landtagswahlen.

**Berichterstatter Liebknecht:** Nur wenige Worte. Unsere Kommission ist gewählt worden, um eine längere Debatte abzuschneiden und um zu ermöglichen, daß ein einheitlicher Beschluß gefaßt werden kann. Es würde in dem jetzigen Augenblick, wo wir bezüglich des Koalitionsrechts die Nothwendigkeit eingesehen haben, dem Feinde geeint gegenüberzutreten, sehr thöricht sein, über die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen uns in heftige Debatten zu stürzen, in Debatten, die, wenn, was absolut sicher, keine Verständigung erzielt würde, dazu führen müßten, daß zwar nicht eine Spaltung, aber doch eine Trennung der Partei entstünde, weil der eine Theil durch den anderen majorisirt wäre. (Sehr richtig!) Die Aufgabe der Kommission war eine sehr einfache. Jeder von uns war sich des Zweckes der Kommission bewußt und beide Theile waren darin einig, daß es galt, eine beiden Theilen annehmbare Form zu finden, die uns aus der Schwierigkeit herausreißt.

Daß eine allgemeine Beteiligung, eine Beteiligung der Gesamtpartei nicht mehr möglich ist, daß jetzt keine Richtschnur gegeben werden kann, nach welcher die Partei in ihrer Gesamtheit zu verfahren hat, darüber waren wir Alle uns vollständig klar. Wenn in den letzten Monaten die Meinungen statt sich einander zu nähern, im Gegentheil immer weiter auseinander gegangen sind, dann war jede Hoffnung ausgeschlossen, daß die Meinungen sich hier auf dem Parteitag einander genügend nähern würden, um einen die Gesamtpartei bindenden Beschluß zu ermöglichen. So galt es denn, da eine allgemeine Beteiligung nicht nur durch die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, sondern auch durch die Nähe der Wahl ausgeschlossen ist, alle streitigen Punkte bei Seite zu schieben, und uns dahin zu einigen, die Entscheidung über die Wahlbeteiligung den einzelnen Wahlkreisen zu überlassen. Die Genossen der einzelnen Wahlkreise, in denen ja die Lage eine sehr verschiedene ist, haben sich also darüber schlüssig zu machen, ob sie sich beteiligen wollen und können oder nicht. Wir haben es für unthunlich gehalten, eine Direktive von oben zu geben; wir haben es vermieden, zu sagen, der Parteitag will oder auch nur, er empfiehlt das und das, weil wir uns sagten, daß das eine Vergewaltigung Derrer wäre, die gegen jede Beteiligung sind. So haben wir uns denn nach Vorschlägen von Bebel, Rautsky und von mir auf die Resolution geeinigt, die wir Ihnen unterbreiten und für die wir Alle gestimmt haben, mit Ausnahme von Weist-Rölin, der das gebundene Mandat hatte, unter allen Umständen für Wiederherstellung des alten Rösner Beschlusses zu stimmen.

Selbstverständlich ist mit dieser Resolution der Hamburger Beschluß aufgehoben. Nach Meinung aller Mitglieder der Kommission ist jetzt jeder Streitpunkt aus dem Weg geräumt und jedem, auch dem entschiedensten Gegner der Wahlbeteiligung ist es möglich, der Resolution zuzustimmen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß der Parteitag sich einstimmig für die Resolution erklären wird. (Beifall.)

**Hoffmann-Vielefeld:** Ich ergreife nur das Wort, weil Genosse Liebknecht in der ersten Sitzung gesagt hat, die Vielefelder haben gegen den Hamburger Parteitagbeschluß verstoßen. Dagegen muß ich protestieren, wir haben dem Beschluß entsprechend gehandelt.

Ein Schlußantrag wird, nachdem Thiele-Galle dafür gesprochen hat, angenommen.

In seinem Schlußwort bemerkte Liebknecht, daß er seine Meinung, als hätten die Vielefelder gegen den Hamburger Beschluß gehandelt, aufrecht erhalten müsse.

Darauf wird die Resolution 107 angenommen, die in Bezug auf die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen gestellten Anträge sind damit erledigt.

Es folgt die Berathung der Anträge zur Organisation 7, 8, 28, 80, 85, 86 und 91.

Die Unterstützung reicht nicht aus zu den Anträgen 8, 29, 85, 86. Diese Punkte scheiden aus der Diskussion aus.

**Brey-Hannover** begründet Antrag 7 (die Parteitage in geographisch günstigen Orten abzuhalten): Parteitage an den Grenzen des Reiches verursachen nennenswerthe Kosten, die auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können. Was für außerordentliche Parteitage gut ist, kann für ordentliche Parteitage billig sein.

**Görcke-Charlottenburg** begründet den Antrag 28 (auf Vertretung der Pressekommision des „Vorwärts“ am Parteitag): Ein Vertreter der Pressekommision muß auf den Parteitagen anwesend sein, um Auskunft zu geben. Wenn wir diesmal noch keinen Vertreter zum Parteitag entsandt haben, so geschah dies deshalb, weil wir — wie immer in Berlin — zu bescheiden waren. (Geht weiter.)

**Hoffmann-Vielefeld** begründet den Antrag 80 (bezüglich der Kompetenz der Kreis Konferenzen und Bezirksparteitage): Die Anträge sollen bestimmen, was die Kreis Konferenzen, die Bezirks-Parteitage und die Kreis-Vertrauensmänner zu sagen haben. Punkt 2 soll skandalöse Vorgänge wie in Sachsen unmöglich machen, wo sich Leipzig einfach über den Beschluß der Landeskongress hinwegsetzte. Vielleicht ist die Form der Anträge nicht sehr glücklich, aber dem kann ja hier abgeholfen werden. Eine Unzuträglichkeit ist, daß die Kreis-Vertrauensmänner meistens vor dem Parteitag gewählt werden. Wenn nicht juristische Bedenken dagegen sprechen, bitten wir um Annahme des Antrages.

Nunmehr wird die Diskussion über die gestellten Anträge betreffend die Organisation eröffnet.

**Leutert-Wpolda** erklärt sich gegen den Antrag 7. Wenn wir den Parteitag im Prinzip fest in die Mitte Deutschlands verlegen, wird das Bild des Parteitages verschoben. Lassen wir dem Parteitag freie Hand.

Antrag 7 wird abgelehnt.

Zu Antrag 28 hebt Auer hervor, daß mit der Annahme zwar kein Unglück angerichtet werde, daß der Antrag selber aber, seiner Meinung nach, überflüssig sei. Die Vertretung des „Vorwärts“ ist Sache der Parteileitung und der Redaktion. Die Pressekommision mit ihren erweiterten Befugnissen kann doch nur die Aufgabe haben, die Interessen der Berliner Genossen dem „Vorwärts“ gegenüber wahrzunehmen und zu vertreten. Dies Verhältnis

sollten wir doch nicht stören, wenn wir nicht in Zukunft recht unliebsame Auftritte haben wollen. Was soll es heißen, wenn sich die Pressekommision vor dem Parteitag als Vertreter des Zentralorgans gerirt; da ist der Parteivorstand, der dasselbe thut, und die Redaktion, die die Verantwortung hat. Wir sollten nicht so viel Instanzen schaffen. Es liegt auch kein Bedürfnis für den Antrag vor. Wenn ich recht unterrichtet bin, sind vier Mitglieder der Berliner Pressekommision als Delegirte hier anwesend. Die Berliner Parteigenossen können auf den Parteitagen überhaupt eine starke Vertretung haben. Berlin kann 18, die beiden Wahlkreise vor den Thoren Berlins 6 Delegirte entsenden, 16 Abgeordnete wohnen zur Zeit in Berlin, hierzu kommen Vertreter der Redaktion, der Buchhandlung und in Berlin wohnende Kontrolleure, so daß wir, wie die Dinge liegen, 40—50 Berliner Genossen auf dem Parteitag haben können. Das Ziel einer ausreichenden Delegation Berlins ist also erreicht. Schon deshalb liegt kein Anlaß vor, der Pressekommision einen Delegirten zu gewähren. Erwähnen will ich, daß der Vorstand zu dieser Frage keinen Beschluß gefaßt hat, sondern dem Parteitag die Entscheidung anheimstellt. Ich habe nur meine persönliche Ansicht ausgesprochen.

**Kiesel-Berlin** erklärt sich mit den Ausführungen Auer's einverstanden.

**Voigt-Berlin:** Die Pressekommision will nicht einen Delegirten haben als Vertretung des „Vorwärts“, sondern um etwaige Angriffe auf ihre Thätigkeit abzuwehren. Auf diesem Standpunkt stehen die Genossen des vierten Wahlkreises. Die Mehrkosten spielen keine Rolle. Die Verhältnisse liegen so, daß alles in Berlin zusammentrifft, daher die Möglichkeit der 40 Vertreter. Mit unserem Antrage hat das nichts zu schaffen, Auer's Einwände sind daher hinfällig.

**Thiele-Galle** widerspricht dem Antrage: Für uns ist die Pressekommision des „Vorwärts“ nicht ein Deut mehr als die jedes anderen Organs.

**Gerkenberger-Nieverbarnim** erklärt sich für den Antrag, der einfach die logische Folge des § 17a des Organisationsstatuts sei, wonach die Pressekommision auch die prinzipielle und taktische Haltung des „Vorwärts“ zu kontrolliren hat. Wenn Auer darauf hinweist, daß heute viele Mitglieder der Pressekommision anwesend sind, so ist das doch nur ein Zufall. Wie es in Zukunft sein wird, wissen wir nicht.

Diermit schließt die Diskussion. Der Antrag 28 wird abgelehnt.

Es folgt die Diskussion über Antrag 80.

**Sär-Krefeld** hält den Antrag für unannehmbar, weil danach ein Beschluß einer Kreis Konferenz nur sehr schwer wieder aufgehoben werden kann.

**Förster-Hamburg** ist ebenfalls gegen den Antrag. Würde derselbe angenommen, so könnte man es erleben, daß sich in Zukunft der allgemeine Parteitag mit Beschlüssen der Kreis Konferenzen zu befassen hat. Das würde nur zu Streitigkeiten führen.

**Steinigand-Solingen:** Der Antrag steht mit den Prinzipien der Demokratie in direktem Widerspruch. Aus den Ausführungen des Genossen Hoffmann geht hervor, daß die Genossen in Collision mit ihrer Organisation gerathen. Ich kann den Genossen nur den Rath geben: Studiren Sie die Prinzipien der Demokratie, dann werden Sie eine passende Form für ihre Organisation finden.

**Hoffmann-Vielefeld** wendet sich gegen die Vorwürfe des Vorredners und bittet nochmals um Annahme des Antrages. Daß der Parteitag nach Annahme des Antrages mehr mit lokalen Angelegenheiten beschäftigt werde als jetzt, glaube er nicht. Man müsse doch die bestehenden Verhältnisse formuliren.

Der Antrag 80 wird abgelehnt.

Es folgt die Berathung der Anträge, die sich auf die Taktik beziehen, es sind das die Anträge 11, 12, 13, von denen nur die beiden ersten genügend unterstützt werden.